

Antrag G01: Abschaffung der Sperrkonten - eine sozial-gerechte Lösung muss her!

Antragsteller*in:	Jusos Main-Taunus
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesellschaft-, Gender- Migrationspolitik

1 Die Bezirkskonferenz der Jusos Hessen Süde möge beschließen dass, der Nachweis zur
2 Lebensunterhaltssicherung durch Vorlage eines sogenannten Sperrkontos als
3 Voraussetzung des Aufenthalts für ausländische Studierende abgeschafft wird.
4 Stattdessen sollen Nachweise wie die Darlegung der Einkommens- Vermögensverhältnisse
5 der Eltern durch Vorlage eines Kontoauszugs und Verpflichtungserklärungen von
6 Unterstützer:innen als ausreichend behandelt werden. Ferner soll die Sicherung des
7 Lebensunterhalts von ausländischen Studierenden mithilfe der Öffnung des BAföG und
8 die umfassende Gestattung der Erwerbstätigkeit erreicht werden.

9 Die Bezirkskonferenz der Jusos Hessen-Süd möge beschließen, dass der Nachweis zur
10 Lebensunterhaltssicherung, durch Vorlage eines sogenannten Sperrkontos, welche
11 derzeit Voraussetzung für den Aufenthalt von ausländischen Studierenden ist,
12 abgeschafft wird.
13 Stattdessen sollen Nachweise, wie beispielsweise die Einkommens- und
14 Vermögensverhältnisse der Eltern durch Vorlage eines Kontoauszugs und
15 Verpflichtungserklärungen von Unterstützer*innen (Bürgschaften) ausreichend sein.
16 Ferner soll die Sicherung des Lebensunterhalts von ausländischen Studierenden
17 mithilfe der Öffnung des BAföG und die umfassende Gestattung der Erwerbstätigkeit
18 erreicht werden.

Begründung

Die Kosten und der Aufwand für ausländische Studierende sowie der Aufwand der Ausländerbehörde (Terminvergabe) stehen in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen des Sperrkontos. Aktuell befinden sich ausländische Studierende aufgrund Unsicherheiten wegen dem Krieg in der Ukraine, der Corona-Pandemie und der Inflation in einer erschwerten und belasteten Situation. Das Sperrkonto ist ein bürokratisches Hindernis, welches mittels vereinfachter Verfahren zu ersetzen ist.

Deutschland bräuchte eine Zuwanderung von 400.000 Arbeitskräfte pro Jahr, um den Fachkräftemangel auszugleichen. Unter diesem Aspekt müssen wir bürokratische Hürden für ausländische Studierende geringhalten, um auch eine solche Zahl an Zuwanderung erreichen zu können. Wenn Studierende jedoch zuvor einen Betrag von 11.208 Euro an Banken einzahlen müssen, wovon sie monatlich maximal 934 Euro abheben dürfen, ist dies für die wenigstens realistisch umsetzbar (zumal noch Bankgebühren hinzukommen). Der daraus gezogene Nutzen ist im Verhältnis für unsere potenziellen, zukünftigen Fachkräfte nicht tragbar. Die andauernde Erhöhung des Einzahlungsbetrages aufgrund der Inflation führt zudem zu Verwirrung bei den ausländischen Studierenden und begünstigt Studienabbrüche.

Wir brauchen die Abschaffung des Sperrkontos und eine sozial-gerechte Lösung.

Eine Kontrolle ist in Form von Kontoauszügen ausreichend. Alternativ ist auch das Vorzeigen einer

Juso-Bezirkskonferenz
Haus der Jugend Frankfurt, 13.5.2023 - 14.5.2023



Bürgschaft eine Möglichkeit, die das Sperrkonto ersetzt.

Hiermit wird eine einheitliche, bundesweite Regelung geschaffen, bei der ansonsten vereinzelnde Städte (wie Marburg, in den Bürgschaften oder Kontoauszüge die Sperrkonten ersetzt) Ausnahmeregelungen haben.